

Der bange Blick über den Atlantik

Bankenplatz Wegelin-Deal könnte die Verhandlungsaussichten verschlechtern, aber auch verbessern

VON LORENZ HONEGGER

Für viele Vertreter des Bankenplatzes, aber auch für Politiker von links bis rechts haben Konrad Hummler und Otto Bruderer, Teilhaber der Bank Wegelin, die Schweiz verraten. Ursprung ihrer Wut ist eine Aussage, die Bruderer letzte Woche vor einem US-Richter gemacht hat. In seiner Stellungnahme zum Vergleich mit der amerikanischen Justiz gestand er nicht nur die Vergehen seiner eigenen Bank, er gab auch an, Beihilfe zur Steuerhinterziehung sei in der Vergangenheit unter Schweizer Banken eine übliche Geschäftspraxis gewesen.

Verärgert sagte CVP-Präsident Christophe Darbellay darauf zur «Nordwestschweiz», Hummler und Bruderer hätten den ganzen Schweizer Finanzplatz in den Dreck gezogen, und brachte damit die allgemeine Gefühlslage unter Parlamentariern nonchalant auf den Punkt. Trotz

«Am Ende des Tages schauen Politiker und Experten alle in die gleiche Kristallkugel.»

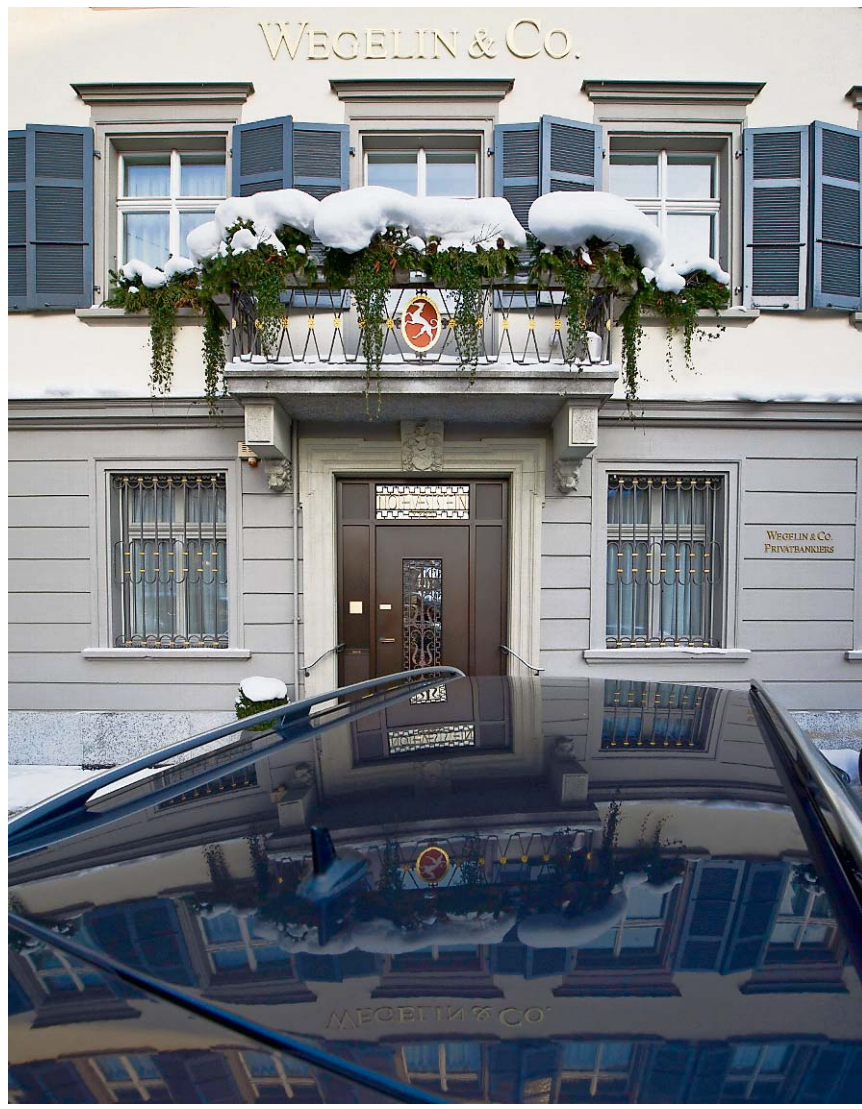
Martin Naville,
Handelskammer CH-USA

allen Ärgers gehen die Meinungen weiterhin auseinander, ob es sich bei Bruderers Aussage um eine harmlose Schutzbehauptung oder um eine gefährliche Pauschalanschuldigung des Finanzplatzes handelt.

FDP-Präsident ist pessimistisch

FDP-Präsident Philipp Müller zählt zu den Pessimisten: Er äusserte gestern in der «SonntagsZeitung» die Befürchtung, die Amerikaner könnten im Streit um unbesteuerter US-Vermögen den Preis in die Höhe treiben oder das Interesse an einer globalen Einigung für alle Banken verlieren.

Auf Anfrage der «Nordwestschweiz» schloss er nicht aus, dass die US-Justiz ihre Untersuchungen nun auch auf Banken ausdehnt, die



Stein des Anstosses: Die Ostschweizer Bank Wegelin.

KEYSTONE

■ BUSSEN: NUR CS BILDETE RÜCKSTELLUNGEN

74 Millionen Franken bezahlte Wegelin um den Zwist mit den USA zu beenden – das entspricht einem guten Jahresgewinn. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch andere Schweizer Banken zur Kasse gebeten werden, die auf der Abschlusliste der Amerikaner stehen. Trotzdem hat gemäss

«Sonntag» von den gefährdeten Banken nur die Credit Suisse (CS) Rückstellungen für eine allfällige Busse gebildet. Die CS habe 295 Millionen Franken zurückgestellt. Ob dieser Betrag reichen wird, ist ungewiss. Andere involvierte Institute wie die Zürcher oder Basler Kantonbank haben bis-

her auf Rückstellungen verzichtet. Die Banken haben laut «Sonntag» folgendes Problem: Einerseits müssen sie «wahrscheinliche und schätzbare» Bussen als Rückstellung verbuchen. Andererseits könnte eine detaillierte Offenlegung als Schuldeingeständnis ausgelegt werden. (rsc)

bisher nicht im Verdacht standen, US-Bürgern bei der Steuerhinterziehung geholfen zu haben.

Bis heute haben die Amerikaner etwa ein Dutzend der mehr als 300 registrierten Schweizer Banken ins Visier genommen. Besagte Institute – darunter etwa die Credit Suisse – verhandeln wie schon die Bank Wegelin eigenständig mit den US-Behörden über einen Vergleich.

Für alle anderen Banken strebt die Schweiz die einmalige Zahlung einer Vergleichssumme an. Wenn die USA diese ausschlagen und ihre Untersuchungen stattdessen auf weitere Institute ausdehnen würden, wäre dies ein herber Rückschlag für den Bundesrat, der seit Jahren versucht, den Finanzplatz aus der Schusslinie der Amerikaner zu nehmen.

Handelskammer ist optimistisch

Martin Naville, CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, hält dieses Szenario ohnehin für unwahrscheinlich. Ihn stimme es positiv, dass die Amerikaner im Fall Wegelin das Schweizer Recht respektiert und keine sofortige Herausgabe von Kundendaten gefordert hätten. «Bruderers Aussage hat allenfalls einen Einfluss auf die Verhandlungsumgebung», ist er überzeugt. Es sei «schwachsinnig» zu behaupten, die Stellungnahme werde eine Klagewelle gegen Schweizer Banken zur Folge haben. «Am Ende des Tages schauen Politiker und Experten alle in die gleiche Kristallkugel.»

Auffallend ruhig verhielt sich in den vergangenen Tagen die SVP, was wohl auch mit ihrer Nähe zur Bank Wegelin zusammenhängen dürfte. Diese ist nicht nur ideologischer, sondern auch personeller Natur. Wie die «Zentralschweiz am Sonntag» gestern berichtete, will die Gerichskommission der eidgenössischen Räte die Rolle von SVP-Mitglied David Zollinger erneut diskutieren. Zollinger war bis vor wenigen Jahren Wegelin-Teilhaber und sitzt heute in der Aufsichtsbehörde der Bundesanwaltschaft. Die Kommission will klären, ob er in dieser Funktion noch tragbar ist.

Scheitern nicht ausgeschlossen

Die Gespräche zwischen der Schweiz und der EU sind blockiert. Die Vorschläge von Schweizer Seite gehen der EU nicht weit genug. Doch die Verhandlungen haben erst begonnen, wie EDA-Staatssekretär Yves Rossier im Interview gegenüber der «SonntagsZeitung» betonte. Ein Scheitern schliesst er indes nicht aus. Die EU verlange zwar weitere Schritte, bewege sich aber selbst nicht. Er habe sich mit seinem Gesprächspartner bei der EU, David O'Sullivan, erst einmal getroffen. Die nächste Runde folge «bald».

EU lehnt Vorschläge rundweg ab

Der Bundesrat hatte im Juni der EU seine Vorschläge zu den EU-Forderungen zu den sogenannten institutionellen Fragen vorgelegt. Die Schweiz möchte im Rahmen des Strom-Dossiers ein erstes bilaterales «Testabkommen» schaffen, um dann die gefundenen institutionellen Lösungen als Referenz für künftige Abkommen mit der EU zu nehmen. Weiter hatte der Bundesrat für Streitfragen ein unabhängiges Schweizer Organ vorgeschlagen, das die Umsetzung der bilateralen Verträge überwacht. Dessen Zusammensetzung sollte allein von der Schweiz bestimmt werden.

Die EU lehnt diese Vorschläge ab. Sie verlangt eine «dynamische Übernahme» des sich laufend entwickelnden EU-Rechts in die bilateralen Abkommen – alte wie neue. Weiter besteht die EU auf einem internationalen Schiedsgericht. Ohne Lösung in diesen Punkten will die EU keine neuen Abkommen mehr mit der Schweiz schliessen. Zur viel diskutierten Frage, ob der bilaterale Weg mit der EU am Ende sei, sagte Rossier: Die Frage sei, wie wichtig die Bilateralen für die Schweiz seien und ob die Schweiz darauf verzichten könne.

Jenen, die fordern, die Schweiz müsse die Einwanderung aus der EU mit Kontingenten regeln, hielt Rossier entgegen, die Personenfreizügigkeit sei nicht verhandelbar. «Die Freizügigkeit der Erwerbstätigen ist in der EU ein zentrales Prinzip», sagte er. Möglich seien nur Übergangsfristen und eine Ventilklausel. «Wenn die Schweiz permanente Kontingente für EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen will, dann muss sie das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen.» (SDA)

Genf setzt auf mehr Heimatschutz

Jobsuche In Genf müssen Staatsbetriebe offene Stellen mit einheimischen Arbeitslosen besetzen, wenn diese gleich qualifiziert sind wie Bewerber aus dem Ausland.

VON DENISE LACHAT

Genf, weltoffen und international, mit schwungvoller Wirtschaft, zieht Arbeitskräfte an wie ein Magnet. Vor allem aus dem nahen Frankreich: 60 000 Grenzgänger arbeiten in dem kleinen Kanton mit seinen 470 000 Einwohnern. Gleichzeitig kämpft die République seit Jahren mit einer Arbeitslosigkeit, die das Schweizer Mittel bei Weitem übertrifft. Seit einem guten Jahr praktizieren die Genfer darum eine Politik, welche die Arbeitslosen ins Zentrum rückt. Die Verwaltung und sämtliche Staats- und Regiebetriebe, vom Unispital über die Elektrizitätswerke bis hin zu den Universitäten, sind verpflichtet, jede offene Stelle beim kantonalen Arbeitsamt zu melden. Das Amt klärt ab, welche Arbeitslosen dem Stellenprofil entsprechen, und schickt dem potenziellen Arbeitgeber innert einer Frist von fünf Tagen die entsprechenden Dossiers zu; maximal fünf dürfen es sein. Erfüllt ein Arbeitsloser das Stellenprofil, kommt er vor den anderen Kandidaten zum Zug. Laurent Paoliello, Generalsekretär

des Departements für Arbeit und Solidarität, erklärt: «Oberstes Ziel ist eine möglichst rasche Wiedereingliederung der Arbeitslosen, bevor sie in die Langzeitarbeitslosigkeit abrutschen.» Der Staat müsse mit gutem Beispiel vorangehen und zuerst die Arbeitslosen beschäftigen, bevor eine neue Grenzgänger-Bewilligung ausgestellt werde, sagt Paoliello weiter. Die Bilanz: Bis heute wurden auf diese Weise gut 200 Arbeitslose eingestellt.

EU verärgert

Wenig Freude an der Genfer Praxis hat die EU-Delegation in Bern. Staatliche Regelungen, die Schweizer Arbeitslose systematisch gegenüber Stellensuchenden aus der EU vorziehen, verletzen das im Abkommen über die Personenfreizügigkeit verankerte Prinzip der Gleichbehandlung, kritisiert ein Sprecher der Delegation. Die Sache werde näher analysiert und gegebenenfalls von der EU im Gemischten Ausschuss zur Sprache gebracht werden. Das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sagt auf Anfrage der «Nordwestschweiz», es handle sich hier um eine arbeitgeberinterne Vorgehensweise des Kantons Genf, die der unternehmerischen Freiheit entsprechen und nicht vom Seco abgesegnet werden müsse. Die unternehmerische Freiheit werde zudem nicht beschnitten: In der Genfer Weisung stehe nicht, dass eine Arbeitsbewilligung verweigert werden müsse, sagt Seco-Sprecherin Antje Baertschi.

Ganz so einfach können Genfer Arbeitgeber in Staatsbetrieben allerdings keine Arbeitslosen ablehnen. Sie müssen vor einer Kommission begründen, weshalb ein Arbeitsloser aus ihrer Sicht die Kriterien für eine Anstellung nicht erfüllt. Paoliello versichert aber, Genf stehe voll und ganz hinter der Personenfreizügigkeit – zumal sich die Genfer Praxis ja nicht auf Schweizer Arbeitslose beschränke. «Darunter befinden sich natürlich auch Ausländer. Die Nationali-

«Oberstes Ziel ist eine möglichst rasche Wiedereingliederung der Arbeitslosen, bevor sie in die Langzeitarbeitslosigkeit abrutschen.»

Laurent Paoliello,
Generalsekretär des Genfer
Departements für Arbeit
und Solidarität

tät ist also nicht entscheidend.» Die Regierung wolle vielmehr dazu beitragen, dass die Unternehmen wieder vermehrt an Arbeitslose dächten, bevor sie ausserhalb nach Angestellten suchten. Zudem solle so auch verhindert werden, dass überqualifizierte Ausländer angestellt würden für Jobs, die ebenso gut von Arbeitslosen erledigt werden könnten. «Genf kämpft so auch gegen Lohndumping.»

Von der auf Wiedereingliederung ausgerichteten Politik will der Kanton jedenfalls nicht abrücken. Immerhin sei die Arbeitslosigkeit in Genf im letzten Jahr weniger stark angestiegen als im Schweizer Mittel und liege mit aktuell 5,2 Prozent sogar 0,8 Prozent unter dem Vorjahreswert, sagt Paoliello. «Unsere Anstrengungen machen sich bezahlt.»

Lokales Denken fördern

Lokales Denken will der Kanton Genf auch in der Privatwirtschaft fördern. Er zeichnet Firmen, die Langzeitarbeitslose bei sich einstellen, mit einem Label «1 plus pour tous» (ein Plus für alle) aus. Auch auf nationaler Ebene ist unter dem Druck der starken Zuwanderung wieder mehr «Heimatschutz» im Gespräch. Der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister hat vor ein paar Tagen in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» vorgeschlagen, dass Firmen innerhalb einer Branche eine Vereinbarung ausarbeiten, wonach sie künftig bei der Vergabe einer Stelle einer gleich gut qualifizierten Person im Inland den Vorzug geben «und nicht eine billigere Arbeitskraft aus dem Ausland holen». Pfister will für diesen Vorschlag Unterstützung im eidgenössischen Parlament gewinnen, um so einen direkten Gegenvorschlag zur SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung auszuarbeiten. Der Bundesrat hat die SVP-Initiative ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

Nachrichten

Erbschaftsinitiative

Genügend Unterschriften

Die Schweizer Stimmberechtigten werden sich zur Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer äussern können. Für die Volksinitiative von EVP, SP, Grünen, CSP und Gewerkschaften sind rund 120 000 Unterschriften zusammengekommen. (SDA)

USA Schnellere Einreise für Schweizer

Die Einreise von Schweizerinnen und Schweizern in die USA soll bald fixer gehen. US-Botschafter Donald S. Beyer hat der Schweiz eine entsprechende Vereinbarung für eine beschleunigte Abfertigung in der Passkontrolle angeboten. Grenzformalitäten können damit in Zukunft bequem am Automaten abgewickelt werden. (SDA)

Minder-Initiative

Beschwerde eingereicht

Bei der Abstimmung über die Abzockerinitiative ist der Bundesrat zu wenig neutral, zeigt sich der Initiant und Schaffhauser Ständerat Thomas Minder überzeugt. Darum will er diese Woche in seinem Kanton eine Stimmrechtsbeschwerde gegen das Abstimmungsbüchlein einreichen. (SDA)